

GWK 11.3.2018**Sozialdemokratisches Reformverständnis: Entwicklung und Aktualisierung**

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren sich für bessere, gerechtere und ökologisch nachhaltige Verhältnisse für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie geben sich deshalb nicht mit dem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Status Quo zufrieden. Mit dieser Grundhaltung grenzt sich eine veränderungsorientierte, progressive Sozialdemokratie von anderen relevanten politischen Grundrichtungen ab: Erstens gegen eine Haltung, die das liberal demokratische System von Kapitalismus und Demokratie grundlegend in Frage stellt, ohne konkrete Wege zur Veränderung der Verhältnisse zu benennen. Zweitens gegen einen Konservatismus, der keine Perspektive des guten Lebens für alle hat, sondern lediglich auf dem machtpolitischen Erhalt des Status quo insistiert und sich deshalb auf eine Politik der kleinen, instrumentellen Anpassungsreaktionen konzentriert. Und drittens gegen eine neoliberale Perspektive, die primär dem Marktprinzip huldigt und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Folgen ignoriert. Viertens ist die Politik tatkräftiger Reformen auch gegen eine primär technokratische Veränderungsperspektive gerichtet, die alleine auf Experten und technische Mittel setzt. So werden weder die Zwecke von Politik hinreichend bedacht, noch werden die Betroffenen- und ihre Sicht der Dinge in diese Prozesse einbezogen. In diesem Text werden einige grundlegende Überlegungen zur Geschichte, Bedeutung und Perspektive des Reformbegriffes für eine progressive Sozialdemokratie entwickelt.

I. Historische Herleitungen – Anfechtungen und Herausforderungen

Die Sozialdemokratie steht für eine evolutionäre Perspektive gesellschaftlicher Veränderung. Das war nicht immer so. Aus dem revolutionären Projekt der deutschen Arbeiterbewegung entwickelte sich im Kaiserreich der sogenannte Reformismus, der sich auf eine schrittweise Veränderung und Verbesserung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen konzentriert. In diesem Sinne ist der Reformismus auch das Ergebnis eines weitreichenden Lernprozesses, der das Verhältnis von revolutionärer Theorie und pragmatischer Praxis reflektierte. Daraus entstand ein eigener konzeptionell-strategischer Entwurf, der mit dem Godesberger Programm der SPD zur Magna Charta der Sozialdemokratie wurde.

Mit dem Reformismus als einer zentralen Strömung der europäischen, sozialistischen Arbeiterbewegung geht es nicht nur um die Frage der parlamentarisch- demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft im Sinne von mehr demokratischer Partizipation und einer wirklichen Chancengleichheit, sondern auch um das Verhältnis zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wie ist deren Zählung und ihre sozial gerechte Gestaltung mit rechtsstaatlichen und demokratischen Mitteln möglich?

„Linke“ Kritiker einer solchen Reformstrategie innerhalb des Kapitalismus kritisieren vor allem, dass mit der Verbesserung der Lebensverhältnisse durch Reformen zugleich eine Stabilisierung des „Systems“ einhergehe. Sie befürchten, dass höchstens ein sozialer Kapitalismus erreicht werden könne, niemals aber eine grundlegende Umwälzung der Verhältnisse, die die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung überwindet.

Neben der linken gibt es auch konservative, technokratische und liberale Kritiken gegenüber den Möglichkeiten und Wirkungen sozialdemokratischer Reformpolitik. Angesichts der Komplexität moderner Gesellschaften stellen viele sogar die Frage, ob es überhaupt relevante, realisierbare Alternativen zum politischen Status quo und zur Dominanz der Märkte geben könne. Um die Begrenztheit der Handlungsspielräume für eine sozialdemokratische Reformpolitik zu belegen, wird immer wieder auf folgende Argumente verwiesen: Mit der Globalisierung der Märkte sei der nationale reformpolitische Handlungsspielraum geschrumpft. Aber auch innerhalb der nationalen Gesellschaften lasse die Ausdifferenzierung und wechselseitige Durchdringung der gesellschaftlichen Sphären nur noch geringe politische Steuerungsmöglichkeiten.

Zudem führten Interventionen der Politik in die verschiedensten Teilbereiche der Gesellschaft häufig zu nicht intendierten Folgen, womit zunehmend Politiken „zweiter Ordnung“ notwendig würden, um die negativen Folgen der nicht intendierten Ergebnisse zu bearbeiten. Da politische Entscheidungen langfristig wirkten, könnten Reformen unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit inakzeptabel sein. Zudem könnten Veränderungen einzelner Teile auf Kosten der Reformfähigkeit des Ganzen gehen.

Auf die Herausforderungen, die mit einer zunehmenden funktionalen und institutionellen Differenzierung der Gesellschaft einhergehen, muss das sozialdemokratische Reformverständnis Antworten geben. Klar sollte sein, dass gerade angesichts der nicht zu leugnenden Komplexitätsprobleme steuerungs- und reformpolitische Abstinenz das Ende von Politik bedeuten würde. Die Absage an Steuerung und Planung käme einer Kapitulation gleich. Dann würde Politik ihren eigentlichen Auftrag, die Verhältnisse für die Menschen zu verbessern, nicht annehmen, sondern davor ausweichen. Um die Herausforderung gewachsener Komplexität jedoch nicht zu ignorieren, bedarf das sozialdemokratische steuerungs- und Reformverständnis einer kontinuierlichen, reflektierten Weiterentwicklung.

II. Komponenten sozialdemokratischer Reformfähigkeit

Der Begriff der Reform wird seit etwa 20 Jahren neoliberaler marktradikaler Kultur und Wirtschaftspolitik inflationär, häufig unklar oder auch inhaltlich im Gegensatz zur sozialdemokratischen Tradition benutzt. Inflationär wird er benutzt, wenn jede kleine technische oder verfahrensbasierte Veränderung als Reform bezeichnet wird. Etikettenschwindel im Vergleich zur sozialdemokratischen Politik liegt dann vor, wenn dieser Begriff unabhängig davon genutzt wird, ob mit der durchgesetzten Veränderung wirklich eine Verbesserung für die betroffenen Menschen im Sinne vermehrt gleicher

Lebenschancen verbunden ist, ohne diese von anderen Menschen einzuschränken. Es gibt also gute Gründe, sich präzise mit der Bedeutung des Reformbegriffs im gegenwärtigen öffentlichen Gebrauch auseinander zu setzen.

Reformen zielen auf Veränderungen des gesellschaftlichen Regelgefüges. Damit sind veränderte Zugangs- und Beteiligungsregeln gemeint, die über Gesetzes- oder Verfassungsnovellen geschaffen werden. Reformen beziehen sich damit unmittelbar auf Institutionen, die über die Macht und die Ressourcen zur Zuteilung von Lebenschancen verfügen, also z.B. von der frühkindlichen Bildung, über die Schulen, die Betriebe bis hin zu sozialstaatlichen Institutionen.

Progressive Reformen verbessern die Lebenschancen der Menschen und können damit auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse beeinflussen. Dagegen haben Veränderungen, die nur gesellschaftliche Verfahren neu ordnen, um die Effizienz einzelner Institutionen ohne Rücksicht auf weitere gesellschaftliche Konsequenzen zu verbessern, häufig rein technokratischen Charakter. Dies vor allem dann, wenn diese Effizienzgewinne nur die betroffene Institution stabilisieren, ohne die Lebenschancen der darauf angewiesenen Menschen zu verbessern. Ein solcher Fall lag z.B. bei der Rentenversicherung vor, die sich seit 2001 nicht mehr am Ziel der Lebensstandardsicherung messen lassen will, sondern an der Beitragssatzstabilität. Zuweilen kann es aber auch so sein, dass scheinbare kleine Veränderungen (Gesetzesnovellierungen etc.) auch erweiterte Lebenschancen für die von Reformpolitik begünstigten gesellschaftlichen Gruppen zur Folge haben können. Dies ist dann der Fall, wenn bestimmte Personengruppen erstmals Zugang zu Leistungen materieller oder infrastruktureller Art erhalten, die ihnen bislang verschlossen blieben.

Am Anfang sozialdemokratischer Politik steht die Bereitschaft zur Reform im Sinne einer wertebezogenen Absage an den Status quo und einer Offenheit für eine bessere Zukunft. Diese Haltung kann programmatisch-strategisch vorgehen, sie kann sich aber auch situativ konstituieren. Doch eine normative, emotionale und/oder kritisch-programmatische Bereitschaft zur Reform kann nur der Ausgangspunkt für Reformpolitik sein.

Notwendig sind sodann problemangemessene Vorstellungen davon, wie das jeweilige Politikfeld und die dort verhandelten und zu überwindenden Problemlagen beschaffen sind. Das heißt, Reformakteure, die keine angemessene Analyse von den Problemursachen und Instrumenten haben, verfügen auch nicht über die Minimalbedingungen eines reformpolitischen Akteurs der progressiven Sozialdemokratie. Dazu gehört neben der Problemangemessenheit des inhaltlichen Vorgehens auch eine machtpolitisch fundierte Durchsetzungsfähigkeit. Diese muss nicht ad hoc bestehen und sie wird sich meist auch nicht alleine aus der eigenen Kraft ergeben. Häufig ist sie das Ergebnis von Prozessen, Bündnissen und Koalitionen. In diesem Sinne sind Reformen immer auch durch die eigenen Fähigkeiten zum kompromissorientierten Handeln geprägt.

Die Reformfähigkeit eines Akteurs basiert also auf vier Pfeilern: Erstens setzt sie Reformbereitschaft voraus, zweitens sind problemangemessene Konzepte notwendig, die auch wirken können; drittens ist auch eine eigene Durchsetzungskraft notwendig und viertens, darauf aufbauend, muss eine profilierte Koalitions- und Kompromissfähigkeit bestehen. In diesem Sinne ist Reformfähigkeit eine komplexe und

voraussetzungsvolle strategische Herausforderung. Für ihre politische Überzeugungskraft braucht die Sozialdemokratie eine Gesamtstrategie, die durch ein klares sozialdemokratisches Profil geprägt ist.

Reformpolitik benutzt die vorhandenen Ressourcen und Potentiale, um das System in Teilen zu verändern (Z.B. Bildungs-, Steuerreform-, Wahlrechtsreform). Häufig beschränkt sich Reformpolitik aber auf die Beseitigung von aktuell kritisierten Missständen, ohne ein gesamtgesellschaftliches Ziel ins Auge zu fassen. Sozialdemokratische Reformpolitik will letztlich darauf hinwirken, die Gesellschaft schlüssig und normativ kohärent zu verändern, um mehr soziale Gerechtigkeit im Sinne von mehr selbstbestimmten Lebenschancen und mehr Solidarität in der Gesellschaft und weltweit zu ermöglichen. Zur Charakterisierung einer solchen Strategie sind – neben den problemangemessenen Reforminhalten und Instrumenten als den Mitteln - auch Angaben über Ziele und Akteure des Veränderungsprozesses nötig.

Zu den progressiven sozialdemokratischen Reformen, die bis heute stilbildend für das politische Grundverständnis der SPD sind, gehören: Bildungsreformen einschließlich frühkindlicher Bildung und der Ausweitung von Ganztagschulen, die den Zugang zur höheren Schulbildung auch für bildungsferne Schichten ermöglichen, proaktive und vorbeugende Arbeitsmarktreformen 1969, die Orientierung am Makroökonomischen Dreieck, die Reformen des Betriebsverfassungs- und des Mitbestimmungsgesetzes (1972/1976), gleichstellungspolitische Maßnahmen, und der Mindestlohn.

III. Reformperspektiven

Reformen ergeben sich aus dem Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen *Bedarfen* - wenn es sich um redistributive Politik handelt, auch den dafür ökonomisch notwendigen Möglichkeiten - und politischen *Reformfähigkeiten*. Die Kunst der Reformpolitik ist es, vorhandene Spielräume zu identifizieren, um durch soziale Koalitionen entsprechende politische Mehrheiten zu bilden. Eine sozialdemokratische Reformpolitik wird dabei umso erfolgreicher sein, je besser sie in der Lage ist, die Netzwerke und Verhandlungssysteme von Staat und Gesellschaft von ihren Reformzielen zu überzeugen. Deshalb sollte eine Sozialdemokratie, die sich wieder erkennbar als Reformpartei profilieren will, die Lücke zwischen regierungsbezogener Alltagspolitik und mittelfristigen sozialdemokratischen Zielen durch eine längerfristig angelegte Reformstrategie politisch und psychologisch schließen.

Das sozialdemokratische Reformverständnis wird durch komplexe Problemlagen staatlicher Handlungsfähigkeit im Kontext der Globalisierung, der Ökonomisierung der Gesellschaft und der ökologischen Fragen herausgefordert. Dazu zählt vor allem die Spezifik des europäisierten Mehrebenensystems, wo die deutschen Akteure nicht zuletzt aufgrund ihrer politisch-ökonomischen Stärke eine besondere Verantwortung tragen, die sich in einer europäisch orientierten Reformpolitik artikulieren muss. Dabei ist die sozialdemokratische Reformperspektive besonders stark durch die neue Gewalt des europaweit präsenten Populismus herausgefordert. So stellen die Re-Nationalisierungswellen, die seit einiger Zeit massiv die proeuropäischen Kräfte herausfordern, hohe Anforderungen an eine europäische Reformperspektive. Vor dem Hintergrund der komplexen Lagen im

ökonomischen und kulturellen Bereich sowie auf den verschiedenen Ebenen des polit-ökonomischen Systems besteht eine besondere Aufgabe darin, die teilweise divergenten Reformperspektiven auf einen Nenner zu bringen, und sie zu einer in sich kohärenten sozialdemokratischen Reformstrategie zusammen zu bringen, deren Ziel und Profil klar erkennbar ist..

Die oben dargelegten Prinzipien und Voraussetzungen sozialdemokratischer Reformpolitik unterscheiden sich diametral von den in der öffentlichen Debatte der vergangenen 25 Jahre dominierenden neoliberalen Reformpolitiken und der dazu gehörigen Wettbewerbskultur. Neoliberale Reformpolitiken haben in vielen Fällen die Gestaltungskraft des Staates geschwächt. Dadurch sind nicht nur die Löhne für einen größeren Teil der Beschäftigten über viele Jahre gesunken, sondern auch die Kraft der Gewerkschaften, gute Arbeit zu fördern, ist erodiert. Dies hat zu größerer gesellschaftlicher Ungleichheit und zu sozialen Verwerfungen beigetragen, die den sozialen Zusammenhalt, die Chancengleichheit, die Stabilität der Demokratien und die innergesellschaftliche wie europäische Solidarität stark belasten. Darüber hinaus haben die Teilprivatisierung der sozialen Absicherung, die Schwächung der Gewerkschaften, die Deregulierung des Arbeitsmarktes, die Privatisierung öffentlicher Güte insgesamt den Reformbegriff bei vielen Anhängern und Wählern der Sozialdemokratie diskreditiert.

Es kommt jetzt darauf an, den sozialdemokratischen Reformbegriff zu erneuern und zu profilieren. Dazu gehört auch, ihn konkret auf die Ebene der europäischen Union anzuwenden. Dabei geht es jetzt aktuell darum, die konservativ-neoliberalen Versuche, durch eine Neujustierung der europäischen Finanzkonditionalität das neoliberale Wirtschaftsparadigma in der EU zu zementieren und die Sozialdemokratie damit in eine tödliche Falle zu manövrieren, zugunsten eines sozialdemokratischen Reformverständnisses umzudrehen. Dies muss öffentlich verhandelt werden: Die Sozialdemokratie braucht eigene Reformperspektiven, um die politische Ökonomie der europäischen Union neu zu denken und zu verändern. Für eine Profilierung des sozialdemokratischen Reformparadigmas ist es notwendig, zu klären, welche politische Governance für die ökonomische Globalisierung notwendig und wirksam ist.